

POSITIONSPAPIER

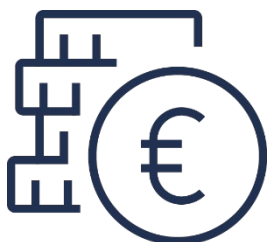
Innovation durch Normung

Technische Regelsetzer als
Motor der Staatsmodernisierung

Deutschland steht unter Zugzwang. Staat und Wirtschaft müssen sich dringend modernisieren. Die technische Regelsetzung kann hier eine wichtige Rolle spielen. Schon heute verhindert sie unnötige Bürokratie und stärkt den Handel. Aber: Es geht noch mehr. Ein geschickter Einsatz der technische Regelsetzung kann Gesetze noch praxisnäher, die Verwaltung effizienter und die Wirtschaft global erfolgreicher machen.

Um die Staatsmodernisierung voranzubringen, kommt es aus Sicht von DIN, DKE und VDI insbesondere auf folgende Maßnahmen an:

- **Standardisierungscheck im Gesetzgebungsverfahren durchführen**
Um Gesetze schlanker zu gestalten und Bürokratie zu vermeiden, sollte in Zukunft mit dem Start eines Gesetzgebungsverfahrens gezielter geprüft werden, ob die technische Regelsetzung für die Konkretisierung geplanter Gesetze herangezogen werden kann.
- **Wissen über technische Regelsetzung in der Verwaltung vertiefen**
Damit der Einsatz technischer Regeln in der Rechtssetzung systematischer erfolgt, sollte die Bundesverwaltung das Thema stärker in ihren Aus- und Weiterbildungsprogrammen verankern.
- **Verwaltung stärker digitalisieren**
Durch die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse, die auf Standards zurückgreifen, könnten Staat und Wirtschaft Bürokratiekosten im Milliardenumfang senken. Der Bund sollte sich daher stärker an der hierfür nötigen Digitalisierung der Qualitätsinfrastruktur beteiligen und diese in seine Projekte zur Verwaltungsdigitalisierung einbeziehen.



Auf 1,8% des BIP

wird der Wert der Normung für die deutsche Wirtschaft geschätzt ([laut Fraunhofer-Studie](#)).

Technische Regelsetzung – Gewinn für Wirtschaft und Hebel zur Bürokratievermeidung

Deutschland steht unter Zugzwang: Staat und Wirtschaft müssen sich modernisieren. Aus Sicht von DIN, DKE und VDI kann die technische Regelsetzung hier einen wichtigen Beitrag leisten. Schon heute sorgt die Verwendung von technischen Regeln durch den Gesetzgeber dafür, dass Gesetze praxisnäher sind, Umsetzungskosten für die Wirtschaft reduziert werden und insgesamt weniger Bürokratie existiert. Damit leisten technische Regelsetzer einen wichtigen Beitrag für einen modernen Staat. Trotzdem geht mehr: Der Staat kann die technische Regelsetzung gezielt einsetzen, um noch effizienter und auch digitaler zu werden.

Die Politik nutzt Normen schon heute für eine effizientere Rechtssetzung. Gesetze schaffen den rechtlichen Rahmen und geben Schutzziele vor, z. B. für Produktsicherheit. Für die Umsetzung wird dann auf technische Regeln, wie z. B. Normen von DIN oder DKE oder VDI-Richtlinien, verwiesen. Damit entfällt für den Gesetzgeber die Notwendigkeit, technische Detailvorgaben selbst in Rechtsnormen festzuschreiben. Die Normen wiederum werden von Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft und Verwaltung im Konsens erarbeitet.

Dadurch entlasten technische Regeln den staatlichen Regulierungsprozess, liefern verlässliches Knowhow aus der Praxis und ermöglichen durch regelmäßige Aktualisierung automatisch zeitgemäße und flexible Rechtssetzung. Gleichzeitig können Unternehmen Gesetze praxisnah und kostengünstiger befolgen. Beispielsweise tragen Richtlinien wie die VDI 6023 für die Qualitätssicherung bei der Wasseraufbereitung dazu bei, gesetzliche Vorgaben effizient umzusetzen, ohne unnötige bürokratische Mehrarbeit zu verursachen, was letztlich zu einer sicheren Wasserversorgung bei geringeren Kosten führt. Technische Regeln sind damit schon heute essenzieller Bausteine für eine moderne, bürokratiearme und innovationsfördernde Regulierung.

Erfolgsbeispiel 1**Sichere Energieinfrastruktur und
schlanke Gesetzgebung**

Ein Beispiel für den Beitrag technischer Regeln zur Bürokratiereduzierung ist [§ 49 Energiewirtschaftsgesetz](#). Dort legt der Gesetzgeber lediglich das Schutzziel fest, dass Energieanlagen „so zu errichten und zu betreiben [sind], dass die technische Sicherheit gewährleistet ist“.

Die konkrete Ausgestaltung erfolgt durch technische Standards: Es gilt sodann die Vermutungsregel, dass bei Anwendung der entsprechenden VDE-Regeln die „allgemein anerkannten Regeln der Technik“ eingehalten werden. Für den Gesetzgeber bedeutet das: Er kann auf detaillierte technische Einzelregelungen verzichten, spart Ressourcen und schafft dennoch einen verlässlichen Rechtsrahmen.

Für die Unternehmen, Netzbetreiber und Handwerksbetriebe erleichtern klare, praxiserprobte Standards das Einhalten des Gesetzes.

Gerade für die Exportnation Deutschland ist der Rückgriff auf etablierte technische Regelsetzer und vor allem ihre internationalen Standards besonders hilfreich. Denn Normen sind als Kooperationsinstrument in der Wirtschaft weit verbreitet und enorm wichtig. Weil Lieferketten global sind, werden insbesondere internationale Normen von der Wirtschaft genutzt. So legt z. B. die ISO-Norm 668 für Frachtcontainer die Grundlage für einen effizienten Welthandel. Jährlich beläuft sich der Mehrwert der Normung für die deutsche Wirtschaft so auf ca. 1,8 % des deutschen BIP. Wenn die Rechtssetzung auf technischen Standards als Best Practice der Industrie zurückgreift, ermöglicht sie daher auch, dass die deutsche Gesetzgebung zu den Realitäten internationaler Lieferketten passt.

Erfolgsbeispiel 2**Günstigere Beschaffung von
Feuerwehrfahrzeugen**

Auf Basis der Feuerwehrgesetze der Länder erfolgt die Beschaffung von Löschfahrzeugen nach dem Stand der Technik, wie er z. B. in der DIN 14530-8 Löschfahrzeuge beschrieben ist.

Unter dem Strich profitieren hier Kommunen, Länder und Hersteller: Für Feuerwehren, Kommunen und Länder reduziert sich Bürokratie, weil einzelne Leistungsbeschreibungen entfallen. Zudem erhalten sie günstigere Fahrzeuge durch die standardisierte Produktion. Hersteller werden entlastet, weil sie Konstruktionen nicht an die individuellen Anforderungen jedes Bundeslands anpassen müssen.

Die Öffentlich-Private-Partnerschaft zwischen technischen Regelsetzern und der öffentlichen Hand leistet schon heute einen wichtigen Beitrag für eine moderne und effiziente Bürokratie. DIN, DKE und VDI sind gemeinsam davon überzeugt, dass hier noch weiteres Deregulierungspotential durch den zielgerichteten Verweis auf technische Regeln in Gesetzen und Verordnungen besteht.

Beitrag der technischen Regelsetzung zur Staatsmodernisierung

Technische Regelsetzung und staatliche Gesetzgebung ergänzen sich seit jeher: Der Staat legt die politischen und rechtlichen Schutzziele fest, während die fachliche Ausgestaltung in den Händen der Normungsorganisationen sowie technischen Regelsetzer liegt. Angesichts der wirtschaftlichen Herausforderungen für Deutschland ist es daher umso wichtiger, dass der Staat diese Zusammenarbeit in Zukunft noch systematischer nutzt. Dafür gilt es, einerseits bestehende Prozesse zur Gesetzgebung neu anzupassen und andererseits die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse voranzutreiben, die intensiv von technischen Standards Gebrauch machen.

Rechtssetzung entlasten - Standards gezielter nutzen

Bestehende technische Regeln bieten einen zentralen Vorteil für die Rechtssetzung: Sie geben einen zentralen Anhaltspunkt, was State of the Art der entsprechenden Technik ist – vom Dachdecker bis zum Quantencomputer.

Das heißt auch: Wann immer Technologien oder Branchen reguliert werden müssen – z. B. um sicherzustellen, dass Spielzeug keine Kinder gefährdet oder Wasserstoffleitungen sicher verlegt sind – sind technische Regelsetzer ein idealer Anhaltspunkt für vom Staat als notwendig gesehene rechtlich bindende Standards.

Die Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag das Ziel gesetzt, die Rechtssetzung grundsätzlich zu modernisieren. Damit soll garantiert werden, dass Gesetze und Verordnungen weniger komplex werden und besser auf die Bedarfe von Wirtschaft und Gesellschaft eingeht. Aus Sicht von DIN, DKE und VDI sollte hierbei ein Weg geschaffen werden, der für eine verlässliche Berücksichtigung bestehender technischer Regelungen sorgt.

Konkret sollte dafür als Teil jedes Gesetzgebungsprozesses ein

„Standardisierungscheck“ durchgeführt werden: Bereits in der Entwurfsphase eines Gesetzes sollte zwingend geprüft werden, ob und wie auf bestehende technische Normen Bezug genommen werden kann, anstatt eigene Detailregelungen zu schaffen. So behält der Gesetzgeber die Definition der Schutzziele in der Hand, während die technische Konkretisierung durch Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft erfolgt. Zudem besteht für die öffentliche Hand auch die Möglichkeit, sich gezielt an konkreten Standardisierungsprojekten zu beteiligen. Dieses Vorgehen verhindert Parallelstrukturen, sorgt für klare Aufgabenteilung und stärkt die Akzeptanz der Rechtssetzung in Wirtschaft und Gesellschaft.

Grundsätzlich sollte dabei das Prinzip gelten, dass die Verwaltung für die Erarbeitung technischer Regeln auf externe Organisationen zurückgreift.

Wie die öffentliche Hand davon profitiert, zeigen zwei Beispiele aus der Digitalisierung: So konnte mit der Erarbeitung der DIN SPEC 66336 der Beweis erbracht werden, dass die Prozesse des DIN für die Erarbeitung von Standards die Verwaltungsdigitalisierung deutlich beschleunigen können. Auch in Europa zeigt sich das: Während die staatliche EU-Cybersicherheitsagentur ENISA zunächst selbst technische Regeln entwickeln wollte, setzt sie inzwischen intensiv auf die Kompetenzen europäischer Normungsorganisationen (ESO – European Standardization Organisation).

Grund hierfür ist insb. die Komplexität des Standardisierungsprozesses, sowie die Fähigkeit der ESOs für technische Regelungen auf internationale Standards zurückgreifen zu können. Staatliche Steuerungshoheit mag aus politisch-institutioneller Logik heraus gerechtfertigt erscheinen, doch führt Kontrollbedürfnis und Regulierungskultur zu einem Maß an Bürokratie, die eine Belastung für das Gemeinwohl bedeuten und zu unnötigen Bürokratiekosten führen können. Kurz: Statt Doppelstrukturen vorzuhalten, sollte die Politik für technische Detailregulierung stärker auf technische Regelsetzer vertrauen.

Erfolgsbeispiel 3**Runder Tisch der Normung
beschleunigt Verwaltungsdigitalisierung**

Der Mehrwert des Prozesses der technischen Regelsetzung zeigt sich exemplarisch an der Erarbeitung der [DIN SPEC 66336](#) für Qualitätsstandards in der Verwaltungsdigitalisierung. Konkret wurde die SPEC im Rahmen der OZG-Umsetzung in drei Monaten von 54 Experten aus Bund, Ländern, Kommunen und der Wirtschaft zügig erarbeitet. Grund für die hohe Arbeitsgeschwindigkeit und das sehr positive Feedback im Nachgang waren vor allem, dass DIN als neutraler Ort fungierte, an dem gezielt und konsensorientiert an technischen Fachfragen gearbeitet werden konnte.

Zusätzlich zum Standardisierungsscheck braucht es auch eine Stärkung des Wissens über technische Regeln in der Verwaltung. Denn: Aus- und Weiterbildungsprogramme der öffentlichen Hand berücksichtigen das Thema nur minimal. Zusätzlich gibt es zwar in Ministerien und Behörden auch sogenannte Normungskoordinatoren, die als Ansprechpartner für Normungsthemen und Schnittstelle zwischen den Häusern fungieren. Auf Grund fehlender Ressourcen können die betrauten Personen häufig nur sehr schwer dieser Aufgabe vollständig nachkommen. Viele Beamtinnen und Beamte kommen daher eher zufällig mit der technischen Regelsetzung in konkreten Gesetzgebungsprozessen in Kontakt. Diese Konstellation erschwert in Summe die gezielte Berücksichtigung technischer Normen und Standards in der Rechtssetzung sowie das Mitwirken der öffentlichen Hand in den Gremien der technischen Regelsetzer.

Um das Wissen über die Rolle technischer Regeln im Verwaltungsalltag zu verankern, sollte die Bundesakademie für öffentliche Verwaltung (BAköV) das Thema „Technische Regelsetzung“ stärker in ihre Aus- und Weiterbildungsprogramme integrieren. Ebenfalls sollte der Einsatz der technischen Regelsetzung und ihre Vorteile in den in der Modernisierungsagenda angekündigten Werkzeugkasten für gute Rechtssetzung integriert werden.

Qualitätsinfrastruktur digitalisieren, Bürokratiekosten senken

Egal ob Marktüberwachung, Trinkwasser- und Lebensmittelkontrollen, Berichtspflichten, Beschaffung oder Produktzulassung: Der Staat verlangt von Unternehmen regelmäßig detaillierte und vertrauenswürdige Produktinformationen bereitzustellen. Die Automatisierung der dahinterliegenden Prozesse würde es Unternehmen und Staat daher ermöglichen, Bürokratiekosten in enormen Umfang zu sparen. Die Digitalisierung der Qualitätsinfrastruktur (QI) und die Integration ihrer technischen Lösungen in die Verwaltung sind hierfür unerlässlich. Der Bund sollte daher die bereits laufende Digitalisierung der QI stärker in die eigenen Projekte zur Staatsmodernisierung einbeziehen.



Was ist Qualitätsinfrastruktur?

Qualitätsinfrastruktur (QI) ist das System aus Einrichtungen und Verfahren zur Qualitätssicherung und zum Verbraucherschutz. Es schafft Verlässlichkeit und Vertrauen in sichere Produkte und Dienstleistungen. Das Maß an Qualität liegt zwar in der Hand der Hersteller, abgesichert, unterstützt und vergleichbar wird diese jedoch erst durch die QI. Sie besteht aus fünf ineinandergreifenden Elementen: Messwesen, Normung, Konformitätsbewertung, Akkreditierung und Marktüberwachung.

Die Qualitätsinfrastruktur sorgt dafür, dass entlang der gesamten Wertschöpfungskette einheitliche Sicherheits- und Qualitätsstandards gelten und eingehalten werden. Prozesse werden so effizienter, Innovationen werden gefördert und das Vertrauen in den Markt wird gestärkt – national und weltweit. Die Qualitätsinfrastruktur sorgt allein in Deutschland für fast 8 % des Bruttoinlandproduktes.

Der Wert der QI-Digitalisierung für die Staatsmodernisierung ergibt sich aus dem Umstand, dass der Staat zwar umfangreich Informationen von Unternehmen über deren Produkte und Dienstleistungen verlangt, die dafür nötigen Prozesse aber kaum wirklich digitalisiert sind.

Für Unternehmen und Verwaltung bedeutet diese Informationsbereitstellung viel Arbeit. Denn die Zusammenstellung und Kontrolle sämtlicher Informationen erfolgt heutzutage in der Regel händisch und über verschiedenste Datenformate und Computerprogramme hinweg. So werden beispielsweise die nötigen Informationen für gesetzlich geforderte Produktsicherheitsdatenblätter entlang der Lieferkette per E-Mail weitergegeben, mal als PDF, mal als Excel-Datei. Eine vollständig digitalisierte QI würde Unternehmen und Verwaltung in die Lage versetzen, diese Prozesse weitgehend zu automatisieren und so Kosten deutlich zu senken.

Im Sinne der Staatsmodernisierung wäre es daher zu empfehlen, dass der Bund die bereits gestartete digitale Transformation der QI in Zukunft stärker begleitet. Denn bereits heute entwickeln die Organisationen der QI die notwendigen technischen Lösungen für eine weitgehend automatisierte QI. Das gemeinsame Vorgehen wird innerhalb der [Initiative QI-Digital](#) koordiniert. So entwickeln DIN und DKE als Teil der QI-Digitalisierung zusammen digitalisierte Normen. Diese sog. SMART Standards sind maschinenlesbar und -interpretierbar. Dadurch wird es in Zukunft für Unternehmen möglich, über die gesamte Lieferkette hinweg automatisiert zu kontrollieren, ob Produkte oder Komponenten geforderten technischen Standards entsprechen. Erste Tests mit Unternehmen zeigen, dass die hieraus resultierenden Effizienzgewinne, z. B. im Qualitätsmanagement, eine [Umsatzsteigerung von bis zu 60 % ermöglichen](#). Auch erste Piloten im Bereich [digitaler Konformitätsnachweise](#), sind vielversprechend.

Von Seiten des Bundes unterstützte bisher insbesondere das BMW die QI-Digitalisierung. Um die Vorteile einer digitalen QI in der gesamten Bundesverwaltung einsetzen zu können, braucht es in Zukunft eine fortgesetzte und breitere Befassung der Bundesressorts mit den Vorteilen der digitalen QI.

Wir empfehlen daher, dass die weiteren relevanten Ressorts, unter anderem das BMDS, sich an der QI-Digitalisierung beteiligen. Insbesondere wäre es wichtig, in den Ministerien zentrale Ansprechpersonen für das Thema QI zu etablieren und die angekündigten zentralen Projekte zur Verwaltungsdigitalisierung, wie z. B. die KI-Plattform zur Automatisierung von Verwaltungsverfahren oder die EU Business Wallet, mit den laufenden Arbeiten zur Digitalisierung der QI zu verbinden.

Das Ziel sollte dabei darin bestehen, die Verwaltung in die Lage zu versetzen, die gesetzlich geforderten Qualitätsnachweise automatisch zu verarbeiten. Künftig könnten so Bürokratiekosten für Staat und Unternehmen in Milliardenhöhe gesenkt werden.

Die QI ist das Fundament für die Qualität Made in Germany und wichtiger Bestandteil verschiedenster Verwaltungsverfahren. Entsprechend ist sie ein enorm wichtiger Hebel, um Bürokratiekosten zu senken und die deutsche Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. DIN, DKE und VDI empfehlen daher die Potentiale einer digitalen QI für die Staatsmodernisierung stärker zu berücksichtigen.

Über DIN

Das Deutsche Institut für Normung e. V. (DIN) ist die unabhängige Plattform für Normung und Standardisierung in Deutschland und weltweit. Gemeinsam mit Wirtschaft, Wissenschaft, öffentlicher Hand und Zivilgesellschaft trägt DIN wesentlich dazu bei, Zukunftsfelder zu erschließen. Als Mitgestalter des digitalen und grünen Wandels leistet DIN einen wichtigen Beitrag bei der Lösung der aktuellen Herausforderungen und ermöglicht, dass sich neue Technologien, Produkte und Verfahren am Markt und in der Gesellschaft etablieren. Rund 40.000 Experten aus Wirtschaft und Forschung, von Verbraucherseite und der öffentlichen Hand bringen ihr Fachwissen in den Normungsprozess ein, den DIN als privatwirtschaftlich organisierter Projektmanager steuert. Die Ergebnisse sind marktgerechte Normen und Standards, die den weltweiten Handel fördern und der Rationalisierung, der Qualitätssicherung, dem Schutz der Gesellschaft und Umwelt sowie der Sicherheit und Verständigung dienen.

Weitere Informationen unter www.din.de

Über DKE

Die vom VDE getragene DKE Deutsche Kommission Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik (DKE) ist die Plattform für rund 10.000 Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung zur Erarbeitung von Normen, Standards und Sicherheitsbestimmungen für die Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnik. Normen unterstützen den weltweiten Handel und dienen u. a. der Sicherheit, Interoperabilität und Funktionalität von Produkten und Anlagen. Als Kompetenzzentrum für elektrotechnische Normung vertritt die DKE die Interessen der deutschen Wirtschaft in europäischen (CENELEC, ETSI) und internationalen Normenorganisationen (IEC). Darüber hinaus erbringt die DKE umfangreiche Dienstleistungen rund um die Normung und das VDE Vorschriftenwerk. Der VDE, eine der größten Technologie-Organisationen Europas, steht seit mehr als 130 Jahren für Innovation und technologischen Fortschritt. Als einzige Organisation weltweit vereint der VDE dabei Wissenschaft, Standardisierung, Prüfung, Zertifizierung und Anwendungsberatung unter einem Dach. Im VDE Netzwerk engagieren sich über 2.000 Mitarbeiter*innen an über 60 Standorten weltweit, mehr als 100.000 ehrenamtliche Expert*innen und rund 1.500 Unternehmen gestalten im Netzwerk VDE eine lebenswerte Zukunft: vernetzt, digital, elektrisch.

Mehr Informationen unter www.dke.de

Der VDI – Sprecher, Gestalter, Netzwerker

Seit mehr als 165 Jahren gibt der VDI wichtige Impulse für den technischen Fortschritt. Mit seiner einzigartigen Community und seiner enormen Vielfalt ist er Gestalter, Wissensmultiplikator, drittgrößter technischer Regelsetzer und Vermittler zwischen Technik und Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Er motiviert Menschen, die Grenzen des Möglichen zu verschieben, setzt Standards für nachhaltige Innovationen und leistet einen wichtigen Beitrag, um Fortschritt und Wohlstand in Deutschland zu sichern. Der VDI gestaltet die Welt von morgen – als Schnittstelle zwischen Ingenieurinnen und Ingenieuren, Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. In seinem einzigartigen multidisziplinären Netzwerk mit mehr als 130.000 Mitgliedern bündelt er das Wissen und die Kompetenzen, die nötig sind, um den Weg in die Zukunft zu gestalten.

Mehr Informationen unter www.vdi.de